Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 13 (1933-1934)

Heft: 6

Artikel: Standortbestimmung : zur augenblicklichen aussenpolitischen Lage der Schweiz : unsere Stellungnahme zum Problem Österreich : das Verhältnis zum Deutschen Reich

Autor: Oehler, Hans

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-157707

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Standortbestimmung.

Zur augenblicklichen außenpolitischen Lage der Schweiz. Unsere Stellungnahme zum Problem Österreich. Das Verhältnis zum Deutschen Reich.

Von **Hans Oehler.**

Wer sich nicht, wie in einem Buschwald, der ihn jeder Aussicht beraubt, in der Tagespolitik verlieren, vor allem, wer nicht, durch falsche Wegzeichen verführt, an einem ganz anderen Ort landen will, als Absicht und Aufgabe seines Handelns ist, der muß von Zeit zu Zeit von höherer Warte aus Umschau halten und seinen Standort bestimmen.

Das gilt einmal für unsere Stellungnahme zum — sagen wir „Problem" Österreich. Dieses Problem wird in Presse und Öffentlichkeit augenblicklich mit mehr Leidenschaft als Verstand erörtert. Ist erst einmal Österreich gefallen — und man meint damit den Durchbruch des Nationalsozialismus in Österreich und die darauffolgende Vereinigung Österreichs mit Deutschland —, dann kommt die Schweiz an die Reihe. So wird in ebenso unrichtiger wie kurzsichtiger Weise argumentiert und geschrieben. Nun ist eins richtig: Österreich gehört augenblicklich zu den Ländern, wo die große politische Regenerationsbewegung, die seit einem Jahrzehnt durch Europa geht, am nächsten vor dem Durchbruch steht. Daß die Schweiz seit längerem, insbesondere aber seit dem Frühling dieses Jahres, auch von dieser Bewegung ergriffen ist, ist in diesen Heften schon genügend zum Ausdruck gebracht worden. Insofern weist also die innerpolitische Lage in der Schweiz und in Österreich gewisse verwandte Züge auf. Die auf die Überwindung der unheilvollen Zerreißung und Zersplitterung des Volkes in Klassen und Parteien und die Bildung einer neuen staatstragenden Macht gerichtete Erneuerungsbewegung bedient sich hier wie dort ähnlicher Vorstellungen und Kampfformen. Die Träger der bestehenden Ordnung anderseits setzen sich, unter veränderten Umständen, auf ähnliche Art gegen den verhaßten Ruhestörer und Angreifer auf ihren geheiligten Besitzstand zur Wehr. Aber aus diesem verwandten innenpolitischen Zustand eine ähnliche außenpolitische Entwicklung ableiten zu wollen, das ist entweder unverantwortliche Leichtfertigkeit — die um der Erhaltung der eigenen persönlichen Machtstellung willen Landes-

verrat treibt —, oder strafbare politische Unwissenheit — Landesverrat aus Dummheit, wie Ernst Wolfer das geflügelte Wort geprägt hat.

Man kann und darf doch den vor vierzehn Jahren, gegen den Willen seiner Bevölkerung, allein auf Geheiß einer Großmächtegruppe errichteten Staat Österreich nicht mit dem schweizerischen, auf eine 600-jährige selbständige Entwicklung zurückblickenden Staatswesen vergleichen. Das Volk Deutschösterreichs hat, solange Habsburg die deutsche Kaiserkrone trug, zum Deutschen Reich gehört; es hat, nach dessen Zerschlagung durch Napoleon, ein Glied des Deutschen Bundes gebildet und war als solches am Frankfurter Parlament vertreten, wo ein einiges Großdeutschland errichtet werden sollte. Erst durch die sog. kleindeutsche Lösung von 1866/71 sind die Deutschen Österreichs aus dem Reich hinausgedrängt worden, um am Ende des Weltkrieges, beim Zerfall der österreichisch-ungarischen Monarchie in freien Volksabstimmungen mit an Einstimmigkeit grenzenden Zahlen die Wiedervereinigung mit Reichsdeutschland zu verlangen.

Und nun will man, weil die führenden Parteien Österreichs — die sich in den vergangenen 15 Jahren je und je zum „Anschluß" bekannten — aus Angst vor dem Verlust ihrer Machtstellung, um die sie durch die nationalsozialistische Regeneration natürlich kommen, und unter einem unerhörten Druck ausländischer Erpressungen, seit einigen Wochen krampfhaft eine österreichische Unabhängigkeit und ein österreichisches Staatsbewußtsein vortäuschen, die Schweiz auf eine Stufe stellen mit diesem Scheingebilde eines selbständigen und unabhängigen Staates. Das heißt doch nichts anderes, als unser eigenes staatliches Dasein in eine Sphäre des Zweifels und der Ungewißheit hineinrücken. Der österreichische Staat ist geographisch eine Unmöglichkeit, während die Schweiz geographisch von der Natur gewissermaßen zum selbständigen Staat vorausbestimmt ist. Österreich wird wirtschaftlich nie auf eigenen Beinen zu stehen vermögen; die Schweiz ist durch die Natur wirtschaftlich zwar auch nicht bevorzugt, aber ihre Bevölkerung hat in einem halben Jahrtausend gelernt, sich ihr volkswirtschaftliches Auskommen zu schaffen. Der heutige Staat Österreich ist eine Eintagsfliege, die morgen schon ihr Dasein beschließen kann; die Schweiz hat während sechs Jahrhunderten, mit Unterbrechung der 15 Jahre Helvetik und Mediation, allen europäischen Machtkonstellationen zu widerstehen und ihre staatliche Eigenständigkeit aufrecht zu erhalten vermocht. Und nun gehen unsere Zeitungen hin und schreiben „Österreichs Kampf ist unser Kampf". „Wenn Österreich fällt, fällt auch die Schweiz". Sieht man denn nicht, daß man, indem man unser Land und Volk für eine derartige „Gleichschaltung" der Schweiz und Österreichs einsetzt, fremden Zwecken Vorschub leistet?

* * *

Nun das Verhältnis Schweiz — Deutsches Reich? Gewiß, die Schweiz hat sechs Jahrhunderte, mit einer Ausnahme, allen europäischen Machtkonstellationen Stand zu halten vermocht. Wird sie das auch einer Machtkonstellation gegenüber vermögen, wie sie sich herausbildet, wenn Deutschland unter seiner neuen politischen Ordnung, und gar durch den Anschluß Österreichs, wieder zum mächtigen Großstaat geworden ist? Diese Frage muß gestellt und beantwortet werden, weil von ihr unsere Stellungnahme zu den gegenwärtigen Geschehnissen in Europa und vor allem zum gegenwärtigen Geschehen in Deutschland abhängt.

Daß eine Wiederherstellung eines europäischen Großmächtegleichgewichts, und selbst ein Verschwinden des für sich lebens- und wehrunfähigen Zankapfels der Großmächte, Österreich, der Wiederherstellung unserer eigenen vollsouveränen Staatlichkeit nur förderlich ist, kann nicht bestritten werden. Aus diesem Grunde müssen und dürfen wir jede Erstarkung Deutschlands begrüßen. Wie aber, wenn mit dieser Erstarkung Bestrebungen Hand in Hand gehen, die das Dasein der Schweiz als selbständiges Staatswesen in Frage stellen? Hören wir nicht in jüngster Zeit Worte über den Rhein tönen, wie die, daß die Tage der Schweiz gezählt seien, daß für die „Deutschschweizer" bald die Zeit kommen werde, in ein, alle Angehörigen deutscher Sprache und Art umfassendes Reich aufzugehen? — Verlieren wir aber doch nicht das Maß für die Dinge. Blättern wir ein wenig in der Vergangenheit, dann werden wir erkennen, daß keine Zeitlage — und damit auch die heutige — völlig neu, und daß, was früher bestimmte Erscheinungen zeitigte, heute wiederum ähnliche zeitigt; und dann können wir auch voraussehen, daß die Kräfte, die in der Vergangenheit den Lauf der Geschichte bestimmten, ihn auch diesmal bestimmen werden.

Selbstverständlich haben die Schweiz und das Deutsche Reich — mehr als unsere Generation sich dessen noch lebendig bewußt ist —, in guten und schlechten Tagen weitgehend verwandte Schicksale erlebt. Konfessionelle Spaltung und Religionskriege machten die Schweiz und das Reich jahrhundertelang ohnmächtig. Weder hier noch dort gelang die Eingliederung der auseinanderstrebenden Kräfte in ein einheitliches geschlossenes Ganzes. Tagsatzung und Reichstag waren im 17. und 18. Jahrhundert gleich handlungsunfähige Organe. Beide erlebten gemeinsam in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts den ersten Wiederaufstieg im Geistigen, beide um die Jahrhundertwende den völligen staatlichen Zusammenbruch. Gelang schließlich dem schweizerischen Staatswesen — nach dreihundertjährigem Unterbruch — im 19. Jahrhundert die Regeneration und Errichtung des geschlossenen, nach innen und außen handlungsfähigen Nationalstaates (denn als Nationswerdung wurde die Schaffung des Bundesstaates von den Zeitgenossen, unbeachtet der sprachlichen und kulturellen Verschiedenartigkeit der einzelnen Landesteile erlebt und empfunden), so

gelang, wenn auch schwerer, dem deutschen Staatenbund im gleichen Zeitraum seine Reichswerdung.

Halten wir uns diesen, bei aller Verschiedenheit im Einzelnen, in den letzten Zügen gemeinsamen Entwicklungsgang vor Augen, dann verstehen wir auch viel besser, warum die Schweiz von jedem entscheidenden Geschehen in Deutschland viel stärker in Mitleidenschaft gezogen worden ist, als von dem irgend eines andern Landes. Selbstverständlich hat die französische Revolution tiefe Spuren in unserm Land hinterlassen. Aber an die Grundprägung unseres staatlich-geistigen Seins hat sie nicht zu rühren vermocht; auch nicht an diejenige, wie der oberflächliche Beobachter etwa meinen könnte, der Kantone der französischen Sprache und Sitte. Und wie unberührt hat — abgesehen von den großen, fruchtbaren geistigen Anregungen, die wir Intellektuelle ihr verdanken — etwa in jüngster Zeit die Revolution des italienischen Faschismus unser Land und Volk gelassen, und zwar auch den italienischen Landesteil, der eben, genau wie der französisch sprechende, in seiner staatlichen Grundprägung altschweizerisch-deutschrechtlich geblieben ist. Ganz anders, wenn Deutschland einen entscheidenden Staats- und Kulturumbruch erlebte. Ist es etwa zufällig, wenn die zweite Stufe unserer neuzeitlichen Staatswerdung, die Bundesverfassungsrevision von 1872/74, zeitlich mit der Reichswerdung im Norden zusammenfällt? Welch tiefen Eindruck letztere gerade auf die Besten unseres Landes machte, wissen wir aus entsprechenden Äußerungen eines Gottfried Keller und Konrad Ferdinand Meyer. Denken wir aber vor allem an die allerjüngste Zeit. Die Schweiz hat nicht nur die Errichtung einer zentralen Bundesgewalt, die nur durch Überspringung der konfessionellen Spaltung und eines überlebten, nur noch geschichtlich begründeten Föderalismus, in einer gewissen Parallelentwicklung mit dem Deutschen Reich erlebt. Auch die Rückbildung und der Zerfall der für die schweizerische Politik maßgebenden bundesstaatlichen Gewalt ist in einer solchen Parallelentwicklung zur deutschen Entwicklung erfolgt.

Wohl enthielt die Weimarer Verfassung des Deutschen Reiches von 1919 theoretisch alle Ansätze zu einer straffen einheitlichen Reichsgewalt. In Tat und Wahrheit hat sie aber alle, einer einheitlichen zusammenfassenden Führung widerstrebenden Kräfte aufs äußerste gefördert, und anstatt sammelnd und einend, zersplitternd und zersetzend auf das Volksganze gewirkt. Rein historisch begründeter Föderalismus ist unter ihrer Herrschaft zu neuem Leben erwacht. Die als geschichtliche Tatsache gegebene konfessionelle Zweiheit ist durch das Parteien- und Parlamentssystem erneut in einen Machtkampf der Konfessionen ausgeartet. Dem Klassenkampf hat sie unbeschränkte Möglichkeiten geboten.

Ist es nun reiner Zufall, daß im gleichen Zeitpunkt, in dem in Deutschland die geschlossene Staatsführung zusammenbricht, das gleiche auch in der Schweiz geschieht? Das vor der Geschichte Wesentliche des schweizerischen

Liberalismus des 19. Jahrhunderts ist nämlich nicht sein „Liberalismus", sondern daß ihm eine einheitlich geschlossene Machtbildung gelang, durch die die dreihundert Jahre lang jede zentrale Staatlichkeit verhindernden konfessionellen und föderalistischen Zentrifugalkräfte in ihre Schranken gewiesen und dem Staats- und Volksganzen in aufbauendem Sinne dienstbar gemacht werden konnten. Sieben Jahrzehnte hat die Führung des schweizerischen Staatswesens auf dieser Machtgrundlage beruht. Und diese Machtgrundlage ist in den Jahren 1918/19 zusammengebrochen. Und in dem Augenblick, in dem die Machtgrundlage zusammenbrach, auf der die bisherige politische Ordnung beruht hatte, verkehrt sich die Wirkung dieser politischen Ordnung selbst in ihr Gegenteil: anstatt einend und ausgleichend, wirken Parlament und Parteien fortan zersetzend und spaltend. Unaufhaltsam zerfällt der ursprüngliche Machtkern. Eine Machtbildung ist fortan nur noch durch die widersinnigste Verbindung einzelner, in Welt-, Staats- und Wirtschaftsanschauung einander entgegengesetzter Machtgruppen möglich. Politik wird zum Tummelplatz zankender Parteien und rücksichtsloser Interessenverfolgung. Staatsführung ist ein Ding der Unmöglichkeit. Das Volk verliert das Vertrauen in Staat und Führer. Und die Führer verlieren das Vertrauen zu ihrem Volk. Bleiche Angst trübt die letzte Urteilskraft und wird zum bestimmenden Faktor des politischen Handelns.

Wäre es anders, dann hätte unsere Presse von rechts bis links nicht in dieser Art das Maß für die Dinge verloren, wie sie es tatsächlich verloren hat. Die „Neue Zürcher Zeitung" machte beispielsweise aus 16 Wahlversammlungen, die die „Nationale Front" in Schaffhausen in den zehn, der Ständeratswahl vorausgehenden Tagen veranstaltete, deren 60. Gleichzeitig warnte ihr Schaffhauser Berichterstatter, das Ergebnis dieses Wahlkampfes als für die ganze Schweiz maßgeblich anzusehen. Man befand sich in einer richtigen Angstpsychose. Als dann das Ergebnis dieser Wahl so ausfiel, wie man es auf Grund der Eigengesetzlichkeit aller Politik erwarten mußte — 27 % der Stimmenden gaben ihre Stimme dem Frontkandidaten —, verfiel man ins Gegenteil und glaubt sich nun wieder für alle Zeit vom „Fronten-Schreck" befreit. — Oder als die junge deutsche Revolution ihrer Begeisterung in zahlreichen Kundgebungen Ausdruck gab, von denen einige auch in nahe der schweizerischen Grenze gelegenen Städten abgehalten, und die — wie übrigens schon die großen nationalsozialistischen Wahlversammlungen vom Frühling dieses Jahres — zahlreich auch von Schweizern besucht wurden, da sah man schon die Schweiz vom deutschen Nationalsozialismus erobert und in ihre Sprachteile auseinandergerissen. Und es hub nun ein Schreiben und Hetzen im Pressewald an, das, noch durch verschiedene Grenzzwischenfälle gesteigert, bei einem unbeteiligten Beobachter den Eindruck hervorrufen mußte, als ob man im neuen Deutschland mit der „Gleichschaltung" der Schweiz binnen kurzem rechne, etwa so wie mit derjenigen Österreichs; und vor allem, als

ob es in der Schweiz selbst weite Kreise gebe, die auf nichts sehnlicher warten, als auf diese „Gleichschaltung".

All das wäre noch nicht so schwerwiegend, wenn die Schweiz nicht ein ausgesprochenes Zwischenland wäre, in dem sich je und je im Laufe ihrer Geschichte ausländische Einflüsse überschnitten haben, und das immer und immer fremden, den staatlich-politischen und geistigen Interessen des eigenen Volkes widersprechenden Zwecken dienstbar gemacht worden ist. Liegen denn die Dinge, nach dem weiter oben Ausgeführten, nicht so, daß die nationalsozialistische Revolution in Deutschland für das deutsche Volk das erreicht hat, was wir, unter veränderten Umständen und mit andern, unserer staatlichen Eigenart entsprechenden Mitteln, auch für unser eigenes Volk erreichen müssen? Italien hat zwar den Klassenkampf gekannt, bis der Faschismus ihn überwand; aber die neue staatliche Machtbildung ist ihm durch keine konfessionelle Zweiheit und keine föderalistische Gliederung erschwert worden. Vor diesen Grundschwierigkeiten hat dagegen das Deutsche Reich gestanden und vor diesen Grundschwierigkeiten steht heute die Schweiz. Wie Deutschland diese Schwierigkeiten im einzelnen überwunden hat, ist seine Sache, genau wie es unsere Sache ist, wie wir uns künftig einrichten, und wir sind sicherlich nicht die Letzten, die sich jedes Dreinreden und Dreinmischen des Auslandes in unsere Angelegenheiten verbitten. Aber daß wir vor diesen Schwierigkeiten stehen, und daß wir sie, wenn wir weiterhin ein selbständiges, sich seine Ziele und Zwecke selbst setzendes Staatswesen sein wollen, meistern müssen, dem sollten wir uns doch wirklich nicht verschließen. Und wir sollten uns weiter nicht der Einsicht verschließen, daß wenn die deutsche nationalsozialistische Revolution zusammenbricht, es auch bei uns mit der Überwindung des Klassenkampfes und der Bildung einer neuen staatstragenden Macht, mit andern Worten mit einer Regeneration, für lange Zeit vorbei ist. Dann geht es uns eben nicht anders, als es, nachdem im 30jährigen Krieg und seinem Gefolge das Deutsche Reich zum machtlosen, in sich zerrissenen Staatsgebilde herabgesunken war, der alten Eidgenossenschaft erging. — Diese Überlegung sollte uns doch zu der Einsicht befähigen, das für uns von der deutschen nationalsozialistischen Revolution weitgehend gilt: „tua res agitur"; es geht dabei auch um unsere Sache!

Diese Einsicht ist instinkthaft auch in viel weiteren Kreisen unseres Volkes vorhanden, als man auf Grund der Haltung unserer Presse in den letzten Wochen schließen könnte. Denn unsere Presse ist ein ausländischen Einflüssen und Einflüsterungen viel zu leicht erliegendes und dem Parteibefehl viel zu sehr ausgeliefertes Organ, als daß sie auch nur im entferntesten als wirklicher Ausdruck des Volksinstinktes gelten könnte. Was zwischen Presse und Volk geschieht, ist im Grunde nichts als ein Spiel. „Man" hetzt und schürt gegen irgendwen oder irgendwas, und wenn aus dem „Volk" dann wieder tönt, wozu man es gehetzt hat, dann nennt man das Volksmeinung. Daß nun die marxisti-

schen Parteien keine Freunde der nationalsozialistischen Revolution in Deutschland sind, ist verständlich. In dem Augenblick, wo durch den neuen Staat der Klassenkampf aufgehoben wird, besitzen sie eben keine Daseinsberechtigung mehr. Der Kampf, den die sozialdemokratische und die kommunistische Partei in der Schweiz in Wort und Schrift gegen das neue Regime in Deutschland führen, wäre aber nicht ganz so schamlos und gegen die Interessen unseres eigenen Landes und Volkes gerichtet, wenn nicht ausländische Flüchtlinge und ausländische Großmachtseinflüsse dabei im Großen ihre Hand im Spiele hätten.

Das Schlimme aber ist nun, daß auch ein Großteil der sog. bürgerlichen Presse sich getreulich dazu hergibt, dieses Spiel der marxistischen Parteien und der sich ihrer bedienenden Kräfte mitzumachen. Es ist doch lediglich eine Verschiebung des Problems, wenn man die ganze Problemlage unter den Gesichtspunkt „Demokratie" oder „Nichtdemokratie" (Diktatur) rücken will. Wenn wir unsere Regeneration aus eigener Kraft bewerkstelligen, werden wir sie auch in eigenen, und in dem Sinn „demokratischen" Formen bewerkstelligen. Fehlt uns die Kraft dazu und wird uns die Regeneration von außen aufgedrängt, dann besteht natürlich keine Gewähr, daß es in den uns entsprechenden, d. h. „demokratischen" Formen geschieht. So verhält es sich in Tat und Wahrheit mit der Frage „Demokratie" oder „Nichtdemokratie". Wie kommt ein Großteil unserer nichtmarxistischen Presse und Bevölkerung also dazu, diesen angeblichen „Freiheitskampf" der Schweiz gegen Deutschland Schulter an Schulter mit Marxismus und Kommunismus mitzumachen?

Das ist leider wieder die alte, ewig verkehrte, selbstsüchtig-kleinliche Angst- und Opportunitätspolitik unseres herrschenden Bürgertums. Lieber sich mit Haut und Haar einer fremden Macht verschreiben, lieber das eigene Land und Volk dem Ausland ausliefern, als freiwillig und aus eigenem Antrieb von seiner gehobenen Herrschaftsstellung herabsteigen und mit allen übrigen Volksgenossen zusammen eine neue Gemeinschaft und Machtverteilung eingehen. Man fühlt im herrschenden Bürgertum, daß einem in der nationalen Erneuerungsbewegung eine Macht heranwächst, die einem schnell gefährlicher werden kann, als es einem je die rote Herrschaft geworden ist. Vor dem Internationalismus hat der Neuen Zürcher Zeitung ja nie gebangt. Sie hat der deutschen Sozialdemokratie (einschließlich dem Zentrum) dreizehn Jahre lang durch dick und dünn die Stange gehalten, ohne Rücksicht auf die Auswirkungen dieser Haltung auf die Verhältnisse im eigenen Land. Für die N. Z. Z. und die Schichten, denen sie als Sprachrohr dient, gibt es im Grunde nur einen Feind: das Nationale, d. h. das, was Volk, Gemeinschaft und Staat höher stellt als das eigene Ich und die wohlgeborgene Sicherheit seines Einzeldaseins. Darum haben diese Kreise und ihre Organe seit 15 Jahren den nationalen Gedanken in Deutschland bekämpft, darum bekämpfen sie

heute das nationale Erwachen ihres eigenen Volkes. Und wie sie vor fünfzehn Jahren, in ihrer Angst vor einer erfolgreichen sozialen Revolution in der Schweiz, sich ohne Gewissensbisse zur Preisgabe der Vollsouveränität unseres Staates bereitfanden, wenn sie dagegen Anlehnung und Schutz der neuen europäischen Machthaber glaubten einhandeln zu können, so lassen sie sich auch heute wieder allein durch innerpolitische Erwägungen zu einer außenpolitischen Einstellung bestimmen, die innen- wie außenpolitisch für unser Land ebenso verkehrt wie verderblich ist.

Außenpolitisch geht es nämlich um folgendes. Der Gedanke, alle Angehörigen des deutschen Sprach- und Kulturkreises, sofern sie geschlossen siedeln, in einen einzigen Staat zusammenzufassen, ist im heutigen Deutschland weit verbreitet. Wer sich an die ersten Jahre der faschistischen Revolution erinnert, wird weitgehende Parallelen finden. Aber auch bei dieser Einstellung in Deutschland selbst handelt es sich nicht um etwas, was nicht in früheren Geschichtsabschnitten auch schon zum Ausdruck gekommen wäre. Jedesmal, wenn Europa vor oder in einem großen machtpolitischen Umbruch stand, ist auch die „Frage" Schweiz zur Erörterung gestanden. Wir leben eben nicht auf dem Mond oder auf einer Südseeinsel. Auch bei der Errichtung der neuen Machtordnung von 1919 erfreute sich die Schweiz reger Aufmerksamkeit seitens der neuen Machthaber. Sie findet sich denn auch im Versailler Vertrag neben Belgien, Luxemburg, linkem Rheinufer, Saargebiet, Elsaß-Lothringen usw. aufgeführt. Heute stehen wir mitten in Auseinandersetzungen über die „Revision" dieser Machtordnung von 1919 und der Planung einer neuen. Wieder wird das Schicksal der Schweiz dabei miterörtert. Daß es diesmal in anderer Weise geschieht, liegt in den veränderten Verhältnissen. Wollen wir geschichtliche Vergleiche ziehen, dann hat die heutige Lage wohl am meisten Ähnlichkeit mit derjenigen vor 125 Jahren, mit der Zeit der ihrem Ende entgegengehenden Napoleonischen Herrschaft und der bevorstehenden Freiheitskriege. Von Parallelen zwischen der damaligen und heutigen gesamteuropäischen Lage wollen wir diesmal absehen. Dagegen springt die Ähnlichkeit der Problem- und Stimmungslage im damaligen und heutigen Deutschland, wie auch im Verhältnis zwischen Deutschland und der Schweiz, in die Augen.

Wie schrieb etwa doch während der Verhandlungen des Wiener Kongresses General von Knesebeck in einer Denkschrift „Was kann für Europa jetzt geschehn? Wie kann Europa sich gestalten?" an den Freiherrn von Stein:

> „Die Schweiz, Holland, Belgien, sollen diese nicht mehr als selbständig existieren? Nicht so! Sie sollen sich gerade zur Selbständigkeit erheben. Die Selbständigkeit, die sie jetzt nicht hatten, als Europäische Staaten, schwach, einzeln nicht haben konnten — diese Selbständigkeit sollen sie als deutsche Staaten bekommen ... Wie eingeengt, wie erbärmlich ist der Sinn der neuen Helvetier! Es gilt die Freiheit Europens, und die Schweizer sind nicht

dabei. Sind das die Sieger bei Murten und Sempach? Wo ist hier noch Vaterlandsliebe und Gemein-Sinn? Jeder sieht nur seine sieben Kartoffeln, seinen Distrikt, seinen Heerd, seine Familien-Interessen allein; — und zankt sich darum mit den andern. Ist das nicht das wahre Krähwinkel unter den Staaten? Woher diese Erscheinung? — diese Veränderung gegen den Sinn der Väter? Das ist der Einfluß von dem Verhältnis eines Duodez-Staates, der eingeklemmt ist in dem Gedränge zweier Großen und die Eitelkeit hat, allein stehen zu wollen, und der den Mutterstaat verläßt, zu dem er gehört... Nichts spricht frey und groß sich mehr aus, sondern alles wird schwankend und kleinlich, und sieht und verfolgt nur sein eigenes erbärmliches Wesen... Mit keinem wollen sie es verderben; im Handel womöglich von beiden gewinnen, — und so entstand ein Neutralitäts- und Durchschlüpfungs-System, das die jetzigen Schwächlinge erzeugt hat".

Neben diesen Gedanken des Staatsmannes, die Schweiz als Bundesglied einem größeren gesamtdeutschen Staatsverband einzugliedern, finden wir ebenso häufig den Hinweis auf die sprachlich-kulturelle Zusammengehörigkeit der „Deutschschweizer" mit den Deutschen überhaupt und die entsprechenden Folgerungen daraus. In der Flugschrift eines „deutschen Patrioten" aus dem Jahre 1814 heißt es beispielsweise „über die Angelegenheiten der Deutschen bei der Wiedergeburt ihres Vaterlandes", betreffs „Holland, Dänemark und die Schweiz":

„Die Schweizer sind Deutsche in Wort und That; sie selbst erkennen sich dafür in jeder andern als in der bürgerlichen Beziehung... Der Schweizer spricht und denkt mit dem Deutschen, er hat gleichen Antheil an dem Eigentum unserer Kultur, wie an ihrer Entwicklung, und ehrwürdig sind die schweizerischen Namen in der Geschichte der deutschen Kunst und Wissenschaft und Bildung... Ein sonderbarer Irrtum ist es, sich in dem bürgerlichen Verbande zu trennen, welcher nichts anderes als die Frucht jener nationellen Einheit seyn soll".

Solche und ähnliche Stimmen aus jener Zeit ließen sich beliebig vermehren. Die Geschichte hat einen andern Verlauf genommen, als der einmütig in ihnen zum Ausdruck gelangende Wunsch war. Man wischt eben nicht eine fünfhundertjährige Überlieferung, nicht den durch fünf Jahrhunderte, trotz Niedergangs- und Zerfallszeiten, lebendig erhaltenen Willen eines Volkes zur staatlichen Eigenständigkeit in ein paar Jahren aus. Dazu kommt, was Pictet de Rochemont, der große Genfer Staatsmann und Vertreter des Eidgenössischen Bundes am Wiener Kongreß in die Worte faßte: eine selbständige und unabhängige Schweiz liegt im Gesamtinteresse Europas!

Und heute? Durch den Bundesstaat von 1848 besitzt die Schweiz die Voraussetzungen für ein einheitliches Auftreten nach außen, während ihr vor 120 Jahren jegliche zentrale Ordnung und Staatsgewalt fehlte. Sie verfügt heute über eine achtunggebietende Landesverteidigung, während damals keine eidgenössische Truppe es wagen durfte, sich in ein ernsthaftes Gefecht einzulassen. Wie aber steht es mit unsern inneren Verhältnissen? Wie steht es heute mit Vaterlandsliebe und Gemeinsinn, den

die Zeitgenossen der deutschen Freiheitskriege so sehr an der Schweiz vermißten? Sieht nicht vielleicht auch heute wieder Jeder in erster Linie „auf seine sieben Kartoffeln" und verfolgt nur „sein eigenes erbärmliches Wesen"? Und „nichts spricht frey und groß sich mehr aus, sondern alles wird schwankend und kleinlich"? — Möge Jeder sich selbst die Antwort geben. Mögen aber auch alle diejenigen, die in unsern Zeitungen augenblicklich so große Worte machen und sich als Retter des Vaterlandes in die Brust werfen, sich einmal ehrlich fragen, ob ihr lautes Getue wirklicher Vaterlandsliebe, wirklichem Gemeinsinn, wirklichem Vertrauen und Kraftgefühl, oder nicht vielmehr blinder Angst und kleinlicher, erbärmlicher Selbstsucht entspringt? Solange ein Volk sich nicht selbst aufgibt, ist es nicht ernsthaft bedroht. Hier, an uns selbst müssen wir den Hebel ansetzen! Hier, in uns selbst, in der Bewährung oder Nichtbewährung vor den uns gestellten Aufgaben der Zeit liegt unser Schicksal als selbständiges Volk und Staatswesen beschlossen!

Für unser außenpolitisches Verhalten gegenüber dem neuen Deutschland aber möchten wir in Erinnerung bringen, was wir vor neun Jahren (im Mai 1924) in dieser Zeitschrift als Wegleitung für unser Verhalten gegenüber dem damaligen Italien, in dem eben die faschistische Revolution siegreich durchgebrochen war, schrieben:

„Das charakteristische Merkmal all der Vorfälle, die wir seit bald zwei Jahren, und in den letzten acht Monaten in erschreckender Häufigkeit, an unserer Südgrenze zu verzeichnen haben, ist, daß die „Provokation", die Veranlassung dazu fast ausnahmslos von schweizerischer Seite ausgegangen ist. Ein entfernter Beobachter, der nicht in das Innere der Verhältnisse hineinsieht, müßte direkt den Eindruck gewinnen, daß die Schweiz im Süden ihres Staatsgebietes einen Unruheherd besitzt, von dem aus ihr südlicher Nachbar Italien oder italienische Staatsangehörige in der Schweiz ständig provoziert und belästigt werden ... Die Tessiner Sozialisten, denen sich auf schweizerisches Gebiet geflüchtete italienische Sozialisten angeschlossen haben, werfen sich in ihrem Organ „Libera Stampa" gerne als die eigentlichen schweizerischen Patrioten und Bewahrer der Sicherheit und Ehre des Vaterlandes und der Armee gegenüber den Anmaßungen, Gewaltandrohungen und Beschimpfungen der Faschisten auf.... Das Organ der Tessiner Sozialisten führt gegenüber dem Faschismus eine unerhört herausfordernde, das Maß berechtigter Kritik überschreitende Sprache und die in der Schweiz und in der Nähe der Grenze wohnenden Faschisten müßten sich, selbst wenn sie sämtlich unschuldsvolle Lämmer wären, dadurch herausgefordert fühlen. Man geht daher mit der Behauptung nicht fehl, daß diese Tätigkeit der „Libera Stampa" einen gut Teil Schuld trägt an dem äußerst gespannten und gereizten Stimmungszustand diesseits und jenseits der Grenze, aus dem heraus es bei den geringfügigsten Anlässen zu „Zwischenfällen" kommt. Die Sprache, die die „Libera Stampa", daß ihre Angriffe auf den Faschismus gerichtet seien und nicht auf Italien, für das sie die größten Sympathien besitze, vermögen daran nichts zu ändern ... Im übrigen wäre es verdienstlich, wenn etwa die deutschschweizerischen Genossen, die dem Faschismus an sich genau so wenig grün sind, wie ihre tessinischen Genossen, diese darauf aufmerksam machen wollten,

wie ihr Treiben dem Gesamtwohl des Vaterlandes aus allgemeinen politischen Erwägungen zuwiderläuft und die Schweiz im Gegenteil das größte Interesse daran hat, Italien gegenüber eine Politik zu befolgen, die — wie die sozialistische Berner Tagwacht schreibt — dem faschistischen Regiment jeden Anlaß zu Mißtrauen und Voreingenommenheit nimmt".

Deutschland selbst möchten wir schließlich das gleiche sagen, was wir einen Monat früher, im April 1924, Italien an gleicher Stelle gesagt hatten:

„Das offizielle Italien hat, wie wir schon früher betonten, ein sehr großes Interesse daran, die Schweiz bei einem künftigen europäischen Konflikt nicht auf der Seite Frankreichs zu sehen und also auch jetzt im Frieden alles zu unterlassen, was sie auf diese Seite treiben könnte".

Das Problem Österreich.

Von einem Schweizer in Österreich.

Die Vorgänge in Österreich sollen anscheinend der Welt wieder einmal beweisen, daß Geschichte nur gelehrt und erlebt wird, um nichts daraus zu lernen. Niemals hat die Unterdrückung des Nationalsozialismus im Deutschen Reich ähnliche Formen angenommen wie in Österreich und dieser errang den Sieg doch auf der ganzen Linie. Wie wird aber erst der Umschwung in Österreich aussehen, wo der Nationalsozialismus, durch das Fegefeuer der Diktatur Fey-Vaugoin-Schuschnig-Dollfuß geläutert und erprobt, eine unerhörte innere Kraft erlangt? Unumschränkt herrschen in den Ländern die Sicherheitsdirektoren, in unserm Nachbarland Vorarlberg Herr Rada. Diese Direktoren überbieten sich mit Höchstleistungen in der Verhängung von Freiheits- und Geldstrafen. Zahlreiche Beamte und Offiziere sind entlassen worden, viele andere wurden strafversetzt. Wegen des Abbrennens von Hakenkreuzen oder Singens von nationalen Liedern werden Durchschnittsstrafen von sechs Wochen Arrest und 2000 Schilling Geldstrafe verhängt und das ohne Unterschied des Alters und des Geschlechts. Eine Berufung gegen Strafurteile in dem bezeichneten Ausmaß gibt es nicht. Offenbar will man mit den unerhörten Geldstrafen den Ausfall an Steuereingängen wettmachen. Die Regierung macht ja die Nationalsozialisten verantwortlich für die weitere Verschlechterung der Wirtschaft und der Staatsfinanzen. Die Unterdrückungsmaßnahmen lassen aber jede wirtschaftliche und politische Vernunft vermissen. Wie muß es in der internationalen Sportwelt wirken, wenn kürzlich in Innsbruck der bekannte 62jährige Arzt Dr. Lantschner, der Vater des bekannten Rekordläufers im Skisport, als Geisel verhaftet und eingesperrt wurde, weil andere, unbekannte Täter